

# Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“ „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einsehl. 13 bezw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einsehl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfg. Bestellgeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftleitg., Druck und Verlag: G. W. Zaiser (Jnh. H. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Ganz, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 staltige Bergalt-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J. Restamtszeitung 3., Sammel-Anzeigen 50% Rabatt. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postl. Kto. Stuttgart 513

Nr. 240

Begründet 1827

Donnerstag, den 13. Oktober 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

## Papen spricht vor der bayerischen Wirtschaft

München, 12. Okt. Reichskanzler v. Papen hielt heute im Phöbuspalast vor den Vertretern der bayerischen Gesamtwirtschaft eine bedeutsame programmatische Rede:

Ich habe durch meinen, dem bayerischen Staat gestellten Besuch beweisen wollen, wie fest ich durchdrungen bin von der Notwendigkeit der gleichen Mitwirkung aller deutschen Stämme an der Gestaltung des deutschen Gesamtgeschicks. Auch das Reichskabinett spiegelt nicht einseitig den deutschen Norden wieder. Es besteht fast zur Hälfte aus Süddeutschen.

Die Hoheit des Reichs in seiner Weltstellung wieder zum Ausdruck zu bringen, ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Gerade weil wir den Frieden wollen, fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung. Ohne die Erfüllung dieser Forderung wird die Mitte unseres Erdteils stets ein Herd der Unruhe bleiben. Unser Ziel ist ein neues, friedliches Europa, das geordnet ist nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker, auf die vertrauensvoll wir 1918 die Waffen aus der Hand legten.

Kaum eine Regierungsmaßnahme der Nachkriegszeit hat in ihrem grundsätzlichen Teil so zunehmenden Widerhall bei der Wirtschaft gefunden wie das jetzige Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Der Leitsatz ist: Vertrauen zu schaffen, und ich glaube, daß der Anjangererfolg nicht ausbleiben wird, ja daß er sich bereits in einem Ausmaß eingestellt hat, der für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen kann. Wenn Hitler erklärt habe, das wirtschaftliche Programm der Reichsregierung könne bereits jetzt als „erledigt“ gelten, so sprechen die Tatsachen über die Gestaltung des Arbeitsmarkts ausreichend und deutlich überzeugend gegen diese Behauptung!

Aber auch in einem anderen Punkt hat die wirtschaftliche Entwicklung der Reichsregierung Recht gegeben. Die günstigere Beurteilung der weltwirtschaftlichen Entwicklungsaussichten hat angehalten. So haben sich vor allem die Rohstoffpreise weiter behauptet. Auch sonst dauert die erkennbare wirtschaftliche Besserung an. Den Gedanken einer grundsätzlichen „Autarkie“ lehnt die Reichsregierung ab. Trotzdem sind Notstandsmaßnahmen zum Schutze unserer Landwirtschaft, wie das Reichskabinett sie für unvermeidlich erachtet habe, notwendig gewesen. Es gibt ein Mittel für die an der Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten, die deutsche Kontingenterstellungspolitik überflüssig zu machen, nämlich für einen sichtbaren Abbau des industriellen Hochschulzolls in der Welt zu sorgen. Wir können nur hoffen, daß die kommende Weltwirtschaftskonferenz die industriellen Zollmauern und die Währungschwierigkeiten, denen eine so große Zahl von Ländern unterliegt, beseitigen wird.

Gegenüber der starken Kritik an dem sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms betonte der Kanzler: Ich habe nur das eine Ziel: möglichst viel Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen und der bisherige Erfolg des Wirtschaftsprogramms hat mir darin Recht gegeben. Für den Winter hofft die Reichsregierung in der Arbeitslosenhilfe die Unterstützungssätze erhöhen zu können. In der Krankenversicherung sollen Bindungen, welche die frühere Reichsregierung den Versicherungsträgern bei den freiwilligen Mehrleistungen auferlegte, gelockert werden. Es ist auch beabsichtigt, in der Rentenversicherung an Stelle eines Teils der früher abgebotenen Leistungen zunächst in beschränktem Umfang freiwillige Mehrleistungen zuzulassen. Die Reichsregierung prüft ferner, ob für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen die Gewährung freiwilliger Mehrleistungen erleichtert werden kann.

Vorbedingung für eine dauernde Gesundung der Wirtschaft ist auch ein Umbau der Verfassung des Deutschen Reichs. An den großen Grundgesetzen in Teil II der Weimarer Verfassung soll man nicht rütteln; aber die Formen des politischen Lebens gibt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängig von den Parteien gestellt, ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgeliefert sein. Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung. Sobald aber wieder stetige und normale Verhältnisse herrschen, wird kein Anlaß mehr sein, den Artikel 48 in der bisherigen Weise anzuwenden. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Verfassungsreform in engem Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen. Die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde sollen nicht verewaltigt werden. Die Reichsregierung lehnt jede Wahnvorstellung ab, die eine Festschlagung Preußens bedeutet. Das Schwergewicht der Reform muß in der Beseitigung des allgemein beklagten Dualismus zwischen Reich und Preußen liegen. Dieses Ziel wird durch die Zusammenziehung der wichtigsten Organe des Reichs und Preußens erreicht werden. Im Zusammenhang hiermit wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die gerade von bayerischer Seite erstrebte Verfassungsautonomie zu gewähren. Auch die durch Artikel 18 der Weimarer Verfassung besetzte Gebietsautonomie für die lebensfähigen und lebenswilligen Länder kann wieder hergestellt werden. Die Reichsregie-

rung wird den Verfassungsentwurf so zeltig fertigstellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet. Möge er beweisen, daß er dieser großen Aufgabe gewachsen ist.

Der Kanzler kam dann auf den 13. August d. J. zu sprechen und sagte: Jener Tag sollte der Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte dienen, welche die Reichsregierung seit Beginn ihrer Tätigkeit proklamiert, gefördert, erhofft hatte. Es galt, die große und verdienstvolle Bewegung des Nationalsozialismus in die verantwortliche Bewegung der Arbeit im Reich einzugliedern. Aber unser Ruf hat keinen Widerhall gefunden. Es ist eine historische Fälschung, wenn heute behauptet wird, ich, der Kanzler, habe den Nationalsozialismus von der Ergründung der Verantwortung ferngehalten. Das Angebot des 13. August gab der NSDAP. einen Anteil an der Macht im Reich und Preußen, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte. Hätte ich dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaube, als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen. Er hat diesen Anspruch erhoben aus dem Grundsatze der „Ausschließlichkeit“ heraus, dem seine Partei huldigt. Es ist deshalb eine ebenso falsche Darstellung des Tatbestands, wenn die NSDAP. heute behauptet, sie habe gar nicht alle Macht gefordert, sondern sie sei bereit gewesen, noch andere, nicht der Bewegung angehörige Männer an der Regierung zu beteiligen. Hätte ein solches Zugeständnis denn an ihrem Anspruch auf die ausschließliche Führung irgend etwas geändert? Es ist bekannt, daß der Reichspräsident, dem allein die Berufung des Kanzlers zusteht, diesen Anspruch der Totalität abgelehnt hat. Eine persönliche Abneigung etwa gegenüber dem Führer der Bewegung kann gar nicht in Frage kommen, denn der Reichspräsident steht turmbhoch über solchen Erwägungen. Es sind ausschließlich grundsätzliche Bedenken gewesen, die das Urteil des Staatsoberhauptes geformt haben. Der nationalsozialistische Grundsatze der „Ausschließlichkeit“, des politischen „Alles oder nichts“, ihr mystischer Messiasglaube an den vorgewaltigen Führer als den einzigen zur Leitung der Geschicke Berufenen gibt ihr den Charakter einer politischen Konfession.

Und eben darin sehe ich den unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus Politik. Von einer Bewegung, die die nationale Ehre und äußere Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hat, verlangt die Nation, daß diese Bewegung in jedem Augenblick so handelt, als ob sie das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation wäre. Handelt sie nicht so, dann ist sie keine Bewegung mehr, dann ist sie politische Partei geworden. Und an Parteien ist das Reich doch wahrlich fast zugrunde gegangen. Man kann eben nicht auf der einen Seite Massen und Majoritäten mittellos verachten, wie es Hitler tut, und auf der anderen Seite sich der Parlamentsdemokratie so unterwerfen, daß man mit dem Bolschewismus Entschlieungen gegen eine nationale Regierung faßt.

Das Schauspiel der Reichstagsführung vom 12. September ist der beste Beweis für den falschen Weg, auf den eine große nationale Bewegung sich begeben hat. An der Wiedererweckung des nationalen Gedankens haben doch auch andere gearbeitet. Im Interesse des Volksganges lehnen wir den Machtanspruch von Parteien ab, die ihre Anhänger sich mit Leib und Seele verschreiben wollen, und die sich als Partei oder Bewegung an die Stelle der deutschen Nation setzen wollen. Alle diese Schranken der Parteien und Klassen müssen fallen.

Deshalb sage ich: Wenn jemals eine nationale Bewegung eine Pflicht gehabt hat, dann ist es die, dem Reich bei seinem Kampf um die Herstellung der Souveränität und um die Ehre der Nation nicht in den Rücken zu fallen. Wer sich in diesem Kampf nicht einseitig und geschlossen hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes. Das deutsche Volk weiß besser darüber zu urteilen, was die Ehre und Würde der deutschen Nation verlangt, als ein Teil seiner Abgeordneten; es wird, dessen bin ich sicher, die leeren Deklamationen einer verbohnten Parteibürokratie mit der Nichtachtung behandeln, die ihnen gebührt. Die Reichsregierung hat bei ihrem Antritt als oberstes Ziel ihrer Innenpolitik die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte proklamiert. Dieses Ziel bleibt unverändert bestehen. Nichts kann das Vertrauen in den Aufstieg der Nation mehr hindern als die Instabilität der politischen Verhältnisse, als Regierungen, die nur Treibholz sind auf den Wellen der Parteien und abhängig von jeder Strömung. Dieser Art der Staatsführung durch Parteiarbeit ist im Urteil des Volkes erledigt. Die Reichsregierung ist entschlossen, den ihr vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolge durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht, und ich zweifle nicht, daß der Erfolg ihr das heute schon sichtbare Vertrauen der breiten Massen des Volkes vollends gewinnen wird.

Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

Ungeheurer, stürmischer Beifall folgte den Worten des

## Tagespiegel

Karl Schulze in Bremen wird nach 15monatiger Untersuchungshaft gegen eine Bürgschaftleistung von 1 Million Reichsmark aus der Haft entlassen.

Eine außerordentliche Generalsammlung der Oesterreichischen Nationalbank hat die Inflationsbedingung des Notenumlaufs auf 20 Prozent herabgesetzt.

Der französische Botschafter in Berlin Francois-Poncet hatte am Mittwoch eine lange Unterredung mit Herriot.

Der französische Ministerpräsident Herriot ist am Mittwoch abend nach London abgereist.

Das japanische Außenministerium bestritt, daß Japan Frankreich ein Bündnis angeboten habe.

Russischen Meldungen zufolge soll eine entscheidende Schlacht zwischen chinesischen Freischärlern und japanischen Truppen in der Nähe von Mukden bevorstehen. Die Japaner sollen Giftgas verwenden. Ueber Mukden sei der Belagerungszustand verhängt worden.

Reichskanzlers und die Verammlung sang begeistert das Deutschlandlied.

Im Schlußwort sprach der Vorsitzende des bayerischen Industriellenverbands, Geh. Landesbaurat Böhringer, dem Kanzler die freudige Zustimmung der Versammelten zu seinen Darlegungen aus. Er gedachte sodann des 85. Geburtstags des Herrn Reichspräsidenten.

## Der Eindruck der Kanzlerrede

München, 12. Okt. Wohl selten hat ein Reichskanzler in München eine so außerordentlich starke Zustimmung bei einer Rede gefunden, wie sie Reichskanzler von Papen heute vor den bayerischen Wirtschaftsverbänden zu verzeichnen hatte. Besondere Zustimmung fanden während der Rede die Hinweise des Kanzlers auf die Verbundenheit des Reichs und seiner Länder und auf die Heiligkeit und Unantastbarkeit der deutschen Einheit. Zu längeren stürmischen Kundgebungen, in denen die Versammelten mit Handklatschen und Jaufen ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten, kam es, als der Kanzler die Frage aufwarf, ob es nicht ein Verbrechen sei, die Aufgabenarbeit der Reichsregierung aus armenigen Partikularkämpfen heraus zu isolieren, ebenso bei seiner Ankündigung, daß die Reichsregierung entschlossen sei, mit drakonischer Schärfe gegen solche Störungseruche einzuschreiten. Stürmische Handklatschen und immer wieder erneuerte Kundgebungen der Zustimmung begleiteten dann namentlich auch die Rede des Reichskanzlers über das Wicken des Reichspräsidenten.

Vor dem Phöbuspalast hatten sich Ansammlungen gebildet, in denen vorwiegend jugendliche Nationalsozialisten und Kommunisten zu bemerken waren. Die Landespolizei war genötigt, mit einem starken Kommando einzugreifen, um den Straßenverkehr aufrecht erhalten zu können.

## Der Prozeß gegen das Reich

Leipzig, 12. Okt. In der gestrigen Verhandlung führte noch Prof. Anichin-Fronfurt aus, nach der Reichsverfassung seien wir ein Bundesstaat und haben damit das Selbstbestimmungsrecht der Länder. Das sei von der Reichsverfassung stillschweigend gewollt. Wenn auch der Länderparlamentarismus häufig zu Mißbräuchen geführt habe, so wolle doch die Reichsverfassung nicht nur den Bundesstaat, sondern die parlamentarische Demokratie. Dann müsse sie auch gewisse Schattenseiten dieser Einrichtung wolle. Vom Reich müßte bewiesen werden, daß die preussische Regierung die Verfassung verletzt habe.

Am Mittwoch vormittag wurde die Erörterung darüber fortgesetzt, unter welchen Voraussetzungen das Reich berechtigt sei, nach Art. 48 Abs. 1 der Reichsverfassung gegen ein Land vorzugehen, d. h. die Reichserkennung durchzuführen.

Vorher erklärte Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, es sei ihm ein Eilbrief des preussischen Ministerpräsidenten Braun zugegangen, in dem er die Behauptung zurückweise, er habe sich bedrückt über seine Gehaltsregelung ausgesprochen.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner erklärte dazu u. a.: Der Herr Ministerpräsident Dr. Braun sagt in dem Brief, er habe sich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung seiner vollen Bezüge erkundigt oder darum erucht. Das habe ich nicht behauptet. Ich habe nur erklärt, daß er sich an zuständiger Stelle nach der Regelung seiner Bezüge erkundigt habe, und diese Behauptung halte ich aufrecht. Braun hat einem Beamten des Staatsministeriums geführte Unterredung in vollem Umfang gegenüber den Wunsch ausgesprochen, er möge Klarheit darüber haben, wie es denn nun mit seinen Bezügen wäre. Darauf ist es ihm mit Schreiben vom 8. August d. J. unter Bezugnahme auf die mit dem Beamten des Staatsministeriums geführte Unterredung in vollem Umfang dargelegt worden, wie seine Bezüge in Zukunft geregelt sind. Ich habe auf Grund einer Erklärung, die die





preussischen Vertreter hier abgegeben haben, nochmals Er- zweimal, der soz. Abg. Steinmaier einmal und der dem. Abg. Fischer einmal zur Ordnung gerufen.) fundigungen angestellt und die Auskunft erhalten, daß der betreffende Beamte sich des genauen Wortlauts der mit dem Ministerpräsidenten geführten Unterredung nicht mehr entsinnen könne. Unter diesen Umständen will ich die Behauptung, Braun habe seine Befriedigung über die Regelung ausgedrückt, nicht weiter aufrechterhalten.

Die Verhandlung wendet sich nun der Frage der Be- fugnisse zu, die Art. 48 dem Reichspräsidenten gibt. Hierzu äußert sich zuerst der preussische Vertreter Dr. Brecht.

### Neue Nachrichten

#### Unverantwortliche Wahlmache

Berlin, 12. Okt. Eine Berliner Abendzeitung hat be- hauptet, der frühere Kronprinz Friedrich Wil- helm habe gedehnt, er sei mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister einig geworden, daß er, der Kronprinz, die Reichswehrerschaft übernehmen solle. Amüßlich wurde die Meldung bereits gestern als ein Unfug erklärt. Da aber die Behauptung von gewissen Parteikreisen weiter verbreitet wird, wird wiederholt von maßgebender Stelle mit allem Nachdruck erklärt, daß es sich dabei um eine ganz unverant- wortliche Sensationsmacherei handelt. Auch von einer dem Kronprinzen nahestehenden Seite werden die Be- hauptungen als unsinnige Wahlmache bezeichnet.

Die Behauptung war schon am Sonntag abend in einer Münchner linksradikalen Abendzeitung aufgetaucht.

#### Trostlose Finanzlage in Städten

Duisburg-Hamborn, 12. Okt. Die Stadtverwaltung konnte infolge der hohen Wohlfahrtslasten am 10. Oktober die zweite Rate der Beamtenegehälter nicht mehr ausbezahlen. Es ist vorläufig die Regelung getroffen, daß Beamte und Angestellte mit einem Monatseinkommen von bis zu 150 M. monatlich 50 Mark ausbezahlt erhalten. Im September verurichteten die Fürsorgeämter der Stadt einen Aufwand von 3,2 Millionen Mark, während die gesamten Steuern monatlich eine halbe Million einbringen. Die Beamten- und Angestelltengehälter erfordern monatlich 365 000 Mark, die Ruhegehälter 115 000 Mark.

Walterscheid (Westf.), 12. Okt. Die Stadtverwaltung konnte gestern die fälligen Wohlfahrtsunterstützungen nur zum Teil ausbezahlen. Die Regierung wurde um Hilfe gebeten.

#### Papen und das Handwerk

Berlin, 12. Oktober. Reichskanzler v. Papen beabsichtigt, auf der am 24. Oktober in Berlin stattfindenden Ober- meistertagung des Berliner und märkischen Handwerks über die Stellung der Regierung zu den Fragen des Handwerks sich zu äußern. Wie verlautet, soll die Kanz- lerrede auf alle deutschen Sender übertragen werden.

#### Der Adel im preussischen Beamtentum

Berlin, 12. Okt. Von gewisser Seite ist, wie halbamtlich mitgeteilt wird, Kritik daran geübt worden, daß sich bei den letzten Ernennungen von preussischen Beamten auch eine Reihe Adliger befindet. Demgegenüber ist festzustellen, daß von der früheren preussischen Regierung Adlige bei Be- amtenernennungen immer zurückgesetzt worden sind. Die Zahl der adligen Beamten hat daher stark abgenommen. Daraus erklärt sich ganz von selbst, daß die ersten Ernennungen, die die neue preussische Regierung vollzog, auch eine Anzahl adliger Beamten umfoste.

#### Braun auf der Tagung des Verbands der landwirtschaftlichen Hausfrauen

Berlin, 12. Okt. Auf der Tagung des Verbands der land- wirtschaftlichen Hausfrauen wies Reichsernährungsminister Fehr, v. Braun in einer Rede auf die außerordentlich wichtige Rolle der Landfrau im Wirtschaftsbetrieb und auf die Gefahren des Geburtenrückgangs hin, der in der Zukunft auch die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft bedrohen dürfte.

#### Ruhestörungen in Altona

Altona, 12. Okt. Im Stadtteil Ottensen kam es gestern abend zu Ruhestörungen. Die einschreitenden Polizeibeamten wurden mit Steinen beworfen. Als aus der Menge ein Schuß fiel, zogen die Beamten gleichfalls die Waffe, worauf die Angriffe eingestellt wurden. Die Aufbehorer waren laut Polizeibericht Nationalsozialisten, größtenteils uniformierte SA-Mitglieder. Die Durchsuchung nach Waffen blieb erfolglos. Es erfolgten 37 Verhaftungen.

#### Neurath geht nicht nach Genf

Genf, 12. Okt. Reichsaußenminister Fehr, v. Neurath hat dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz auf die Frage, ob er in der nächsten Zeit nach Genf kommen werde, in verbindlichen Worten geantwortet, daß die Reichsregie- rung inzwischen eine Einladung der englischen Regierung zu einer Besprechung nach London erhalten und angenommen habe. Unter diesen Umständen sei es dem Reichsaußenminis- ter nicht möglich, anderweitig sich zu binden.

Reichsaußenminister v. Neurath ist am Dienstag abend in Berlin eingetroffen.

#### Abrüstungsbrief bekannter englischer Persönlichkeiten

London, 12. Okt. Die „Times“ veröffentlicht ein länge- res Schreiben zur Abrüstungsfrage, das von vielen bekann- ten Persönlichkeiten des britischen öffentlichen Lebens unter- zeichnet ist, u. a. von Lord Cecil, Lloyd George, Lord Grey und Sir Walter Lanyon. In dem Schreiben wird gesagt, daß an der moralischen Verpflichtung zur allgemeinen

Abrüstung kein Zweifel bestehe. Bei der gegenwärtigen Lage seien nur drei Auswege möglich: entweder derartig weit- gehende Abrüstung, daß die Welt und die gemäßigteren Kreise in Deutschland befriedigt sind, oder ein einseitiges Vorgehen Deutschlands oder eine Vereinbarung über ein begrenztes Aufrüsten Deutschlands. Die Unterzeichner des Briefs sprechen sich entschieden für das erste Verfahren aus, für das Präsident Hoover und Mussolini mit ihren Vor- schlägen eine Grundlage gegeben hätten.

#### Heimwehr für Präsidialregierung

Innsbruck, 11. Okt. In einer Versammlung der Tiroler Heimatwehr besprach der Führer Dr. Steidle die Frage, ob die Heimwehr weiter in der Regierung Fuß fassen könne. Er warf der Regierung vor, daß sie das Wirtschafts- programm der Heimwehr nicht erfüllt habe und weiterhin glaube, in Oesterreich rein parlamentarisch regieren zu könn- en. Die Heimwehr fordere die Einsetzung einer nicht parteimäßig zusammengesetzten, sondern parteiunabhän- gigen Präsidialregierung, die aus Studenten für alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen zusammengesetzt sei und unmittelbar vom Bundespräsidenten bestellt werde. Er müsse aber davor warnen, daß eine Prä- sidialregierung nur einen Parteienschuß darstelle, der von seinen Parteigruppen abhängig sei.

Der österreichische Nationalrat wird am 20. Oktober wie- der zusammentreten, um vor allem den Wahltermin festzusetzen, da bekanntlich der Nationalrat im Juni die Auf- lösung beschlossen hat. Die Mehrheitsparteien sollen ent- schlossen sein, die Neuwahlen auf Herbst 1933 zu verschieben. Unter den Vorlagen befindet sich u. a. das Doppelverdiener- gesetz und das Gesetz über die Wiedereinführung der Todes- strafe bei Kapitalverbrechen.

#### Der französische Abrüstungsplan

Paris, 11. Okt. Der in Genf weilende Außenminister des „Petit Parisien“ berichtet, der französische Abrüstungs- plan, dessen Bestimmungen an das Locarnoabkommen er- innern, enthalte ein allgemeines Abrüstungsabkommen, einen allgemeinen Konsultationspakt, ein regionales Abkom- men über den Bestand, die Sicherheit und die Über- wachung, ein Abkommen über die allmähliche Abschaffung der internationalen Streitmacht und ein Protokoll über die Anwendung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung. Der Vertrag verpflichte die vertragschließenden Teile im Ernstfall sofort zusammenzutreten und die Lage zu prüfen, wenn die kriegsführenden Staaten auch zu den Unterzeich- nern des neuen Paktes zählen, binnen 48 Stunden die Feindseligkeiten einzustellen. Andernfalls würden sämtliche Verpflichtungen, die alle vertragschließenden Teile binden, in Kraft treten.

#### Ausschluß von 20 Oppositionellen aus der russischen Kom- munistischen Partei

Moskau, 11. Okt. Die russische Kommunistische Partei hat 20 Mitglieder und Helfershelfer der konterrevolutionären Gruppe aus der Partei ausgeschlossen. Die Gemahregelten sollen versucht haben, auf illegalem Weg eine „Kulaken- organisation zur Wiederherstellung des Kapitalismus“ zu schaffen. Unter den Ausgeschlossenen befinden sich Sinow- je w und Kamenew.

#### Aufstand in Abessinien

London, 11. Okt. Wittermeldungen zufolge ist bei der hiesigen abessinischen Gesandtschaft eine Meldung aus Adis Abeba eingegangen, wonach der Sohn des Ras (Unter- königs) Saita, der kürzlich wegen Hochverrats zum Tod verurteilt, aber vom Kaiser begnadigt worden war, einen Aufstand gegen die Regierung angezettelt und den vor- maligen Wohnsitz seines Vaters, Debra Markos in Be- sitz genommen habe. Die Aufständischen werden von Re- gierungstruppen belagert.

#### Württembergischer Landtag

Stuttgart, 11. Okt. Kampfum die Schlachtsteuer. Nach einer vierstündigen Pause trat das Plenum des Landtags heute zu einer kurzen Tagung zu- sammen, bei der der Hauptkampf um die württ. Schlacht- steuer geht. Für Abg. Dr. Dehlinger ist bereits sein Nach- folger, Rechtsrat Hitzel-Stuttgart, eingetreten. 4 An- träge und 2 Initiativanträge sind eingegangen.

Zur 5. und 6. württ. Rotverordnung erklärt Staatspräsi- dent Dr. Volk, daß der Regierung die Absicht fern lag, den Landtag auszuschalten oder zu brüstieren. Die Re- gierung habe nur zwei Möglichkeiten im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage gehabt, entweder die Schaffung neuer Einnahmen oder die Senkung der Personalausgaben. Die letzte Möglichkeit war die Einführung der Schlachtsteuer, und für sie wurde der Weg der Rotverordnung gewählt, weil die Einführung dieser Steuer mit Hilfe des Landtags nicht möglich gewesen wäre. Die Regierung sei nur dann bereit, die Schlachtsteuer aufzuheben, wenn der Landtag bessere Vorschläge mache, sie sei aber auch bereit, einige Härten zu beseitigen. Kultminister Dr. Bazille rechtfertigte die Hin- auschiebung der Einführung des 8. Schuljahres. Es besthe in 262 evangelischen und 105 katholischen Schulgemeinden, es sei nicht eingeführt in 1071 evangelischen und 763 katho- lischen Schulgemeinden. Die volle Einführung des 8. Schul- jahrs würde einen einmaligen Aufwand von 2,5 Millionen und einen jährlichen höheren Befoldungsaufwand von 900 000 Mark erfordern. Die Gemeinden könnten höhere Schulkosten nicht mehr tragen und in Notzeiten wie den jetzigen sei es das beste, nichts Neues einzuführen.

Wirtschaftsminister Dr. Maier machte die Mitteilung, die Regierung sei infolge von Einsparungen in der Lage, für die Finanzierung von Landesdarlehen für verstärkte Förderung von Reichsarbeiten des freiw. Arbeitsdienstes ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung sei aber die Durchführung des Schlachtsteuergesetzes und der Rotverordnungen. Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch nachmittag vertagt.

#### Aussprache über die württ. Rotverordnungen

Stuttgart, 12. Oktober.

In der heutigen Landtagssitzung begann die Aussprache zu den württ. Rotverordnungen. Abg. Nurr (NS): Wenn die Regierung nicht mehr wagen dürfe, mit Geleh- erntwürfen vor den Landtag zu treten, so beweise das, daß die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien am Ende ihres Latein seien. Die Schlachtsteuer sei eine der unsozialsten Steuern. In Preußen sei die Schlachtsteuer von dem sozialdemokratischen Minister Severing eingeführt worden. Die Hinausschiebung der Auszahlung der Beam- tenegehälter sei nur ein Trick. (Zurufe von allen Seiten; Der komm. Abg. Haag wird dreimal, der soz. Abg. Ulrich

Finanzminister Dr. Dehlinger: Der Abg. Nurr hat Vieles gesagt, was sachlicher Prüfung nicht standhalten kann. Das Volk ist der Regierung dankbar, daß sie so gehandelt hat. Die rein nationalsozialistische Regierung in Oldenburg hat die Schlachtsteuer auch eingeführt. Als Finanzminister habe ich die Pflicht, alles zu tun, was notwendig ist, um die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. Württemberg hat keine Gehaltskürzung der Beamten vorgenommen, wie es Oldenburg getan hat. Wir haben nur den Auszahlungs- termin hinausgeschoben. Wenn der Staat Grundstockver- mögen veräußert, so darf er den Erlös nicht zu laufenden Ausgaben verwenden. Die Kürzung der Spitzengehälter macht nur 300 000 Mark aus. Die Vorschläge des Abg. Nurr ergeben höchstens Ersparnisse von zusammen 1 Million. Dann fehlen immer noch 9 Millionen. Morgen vormittag wird im heftigen Landtag der heftige Finanzminister auch eine Mitteilung über die Einführung der Schlachtsteuer in Hessen machen. Die anderen Länder werden bald nachfolgen.

Abg. Bengler (S.): Die Nationalsozialisten konnten es sich nicht verlagern, die alte Probe von der Schuld des Systems neu aufzutischen. Aber etwas Neues haben die Nationalsozialisten in den von ihnen beherrschten Ländern auch nicht gebracht.

Abg. Pflüger (Soz.): Mit Genugtuung haben wir die Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Deutsch- nationalen verfolgt. Der Rede des Abg. Nurr hat die ob- jektive Wahrhaftigkeit gefehlt. (Während der Rede des Abg. Pflüger kommt es zu Zwischenfällen zwischen dem Präsidenten und der Sozialdemokratie. Der Abg. Ulrich, der dem Präsidenten Parteifreiheit vorwarf, wird zum dritten und viertenmal zur Ordnung gerufen.)

Abg. Stoob (NS) erklärt, seine Partei lehne die Rot- verordnungen als solche nicht ab. Besonders begrüße seine Partei die Herabsetzung der hohen Waldbewirtschaftungs- beiträge und die Hinausschiebung des 8. Schuljahres, lehne aber die Schlachtsteuer ganz entschieden ab. Dafür schlage seine Partei eine Herabsetzung des Gesamtpersonals vor, der in Württemberg im Jahr 1914 48 Millionen betrug, wäh- rend er sich heute auf 125 Millionen belaufe. Die Beamten- gehälter müßten durchweg gekürzt werden. Das Land könne einen solchen Apparat einfach nicht mehr bezahlen. Wieviele Privatangestellte, die die gleiche Vorbildung haben wie die Beamten, hätten lange nicht den Gehalt des Beamten, der zudem noch besonders gelöhrt sei. Abg. Dr. Mauth (Dem.) verlangte raschste Staatshilfe für die Gemeinden von Schwemningen und Schramberg, sowie den Abbau aller Handelshemmnisse und besonders der Zollmauern.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Kling (CBD) wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag ver- tagt.

#### Stuttgart, 11. Oktober.

Vom Landtag. Die nationalsozialistische Fraktion hat einen Antrag eingebracht, die Gehälter der Minister auf 12 000, der Ministerialdirektoren auf 10 800, der Beamten der Gruppe C 3 auf 9800, der ord. Hochschulprofessoren auf 8500, der Ministerialräte auf 8800, der Oberregierungsräte auf 8300 RM, ferner die Dienstaufwandsentschädigungen der Minister auf 2000 RM, die des württ. Befandten in Berlin auf 4000 RM, und die der württ. Reichsratsbevollmächtigten in Berlin auf 1800 RM, herabzusetzen. Die Dienstaufwand- entschädigung des württ. Befandten in München wird ge- strichen. Die Ministerialzulagen dürfen künftig 30 Mark nicht übersteigen. Auch die hohen und höchsten Gehälter der Kör- perschaftsbeamten, die den von der Gehaltsherabsetzung be- troffenen Staatsbeamten vergleichbar sind, sollen in ent- sprechender Weise zeitweilig herabgesetzt werden. Die Her- absetzung der Bezüge soll vom 1. November 1932 ab durch- geführt werden. — Ein zweiter nat. Soz. Antrag erluchte aus Staatsministerium, Entwürfe zur Änderung der Verfassung und des Landtagswahlgesetzes vorzulegen, die die Zahl der Abgeordneten auf 42 ermäßigt, wovon 30 auf die Bezirksvereinssozialisten und 12 auf die Landesvor- schlagslisten entfallen.

Die Abgeordneten des Bauernbunds haben im Landtag folgenden Antrag gestellt: Das Staatsministerium zu eruchen, alsbald im Benehmen mit dem Reich eine Än- derung der Befoldungsordnung vorzunehmen, die die not- wendige Anpassung an die heutigen Verhältnisse bringt und 1. die Ministergehälter auf 12 000 RM, festsetzt; 2. die Gehälter der Beamten dementsprechend abkürzt, wobei auf die Erhaltung der Lebensmöglichkeit bei den unteren und mittleren Gruppen Rücksicht zu nehmen ist; 3. die Höchst- grenze für die Ruhegehälter auf 8000 RM, festsetzt; 4. Lohn- einkommen bei pensionierter und auf Wartegeld gesetzten Beamten, das den Betrag von 300 RM im Monat über- steigt, ganz oder teilweise auf das Ruhegehalt bzw. Warte- geld anzurechnen ermöglicht.

Kapitalanlage oder Bauernsiedlung? Die nationalsozia- listische Fraktion hat im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Einer Mitteilung aus Rastau O. M. Mergenthaler zufolge soll die fürstliche Domäne Louisgarde an einen Fabrikanten in Weikersheim verkauft werden. Der Verkauf des Gutes als Kapitalanlage hat in der dortigen Gegend starken Unwillen erregt, da dort eine Reihe junger Bauern bei Besiedlung der dortigen Domäne ein eigenes Anwesen erwerben könnte. Wir fragen daher: Ist das Staatsministerium bereit, die Württ. Landfiedlung GmbH. anzuweisen, von dem ihr auf Grund des Reichsiedlungs- gesetzes zustehenden Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und das Gut zu besiedeln.

# Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie

Ziehung 1. Kl. 21. u. 22. Oktober = Lose bei den staatl. Lottereeinnehmern



# „Daubmann“ ein Schwindler

Man erinnert sich noch der aufsehenerregenden Rüst- und des Oskar Daubmann aus Endingen aus französischer Gefangenschaft in Alger, in der er seit seiner Gefangennahme geschmachtet haben wollte. Nach abenteuerlicher, monatelanger Flucht sei es ihm gelungen, in Alger auf ein italienisches Schiff zu kommen, das ihn aus Mitleid mit nach Italien gebracht habe. Daß er den Namen des Kapitäns und des Schiffs nicht angeben wollte, erklärte Daubmann mit politischen Gründen. Item, Oskar Daubmann, wurde auf Staatskosten nach Deutschland hereingekleidet und seine Reise gleich schon mehr dem Triumphzug eines siegreichen Feldherrn. Zu der amtlichen Empfangsfeier in Freiburg i. Br. waren hohe Behörden erschienen und Zehntausende aus allen Himmelsrichtungen zusammengeströmt, um das unglückliche Kriegsgeschehen zu bestaunen und zu feiern. Und er ließ sich dann im „Ehrenhaus“ in Endingen, wo er sich natürlich von jahrelangen unglücklichen Strapazen erholen mußte, lange Zeit recht wohl sein. Die Zeitungen brachten spaltenlange Berichte über seine angegriffene Gesundheit und die erfreuliche Wiedergenesung, unzählige waren die unermesslichen Zeitungsbilder von Daubmann.

Wertwüchsigem Weise erschienen nun aber nacheinander mehrere andere „Kriegsgeschehen“, denen es jetzt gelungen war, durch Flucht die Freiheit wiederzuerlangen. Sie konnten alle als Schwindler entlarvt werden. Und stiegen auch Zweifel über die Echtheit Daubmanns auf, der inzwischen durch Vorträge über seine Schicksale sich ein unsterbliches Dasein geschaffen hatte. Auf wiederholte Nachforschungen der Reichsregierung konnte die französische Regierung nur immer wieder erklären, daß von einem Oskar Daubmann und seiner Gefangenschaft in Alger nichts bekannt sei. Es war angezweifelt, daß man der Sache auf die Nähe ging. Mehrere Personen, darunter ein ehemaliger Fremdenlegationsrat Krüger aus Essen, wurden Daubmann gegenübergestellt. Keiner war mit einem Daubmann in der Fremdenlegation in Verbindung gekommen, er erklärte aber bestimmt, daß dieser Daubmann ein anderer gewesen sei. Der richtige Oskar Daubmann sei nicht mehr am Leben. So wurde dann Oskar Daubmann

auf einer Vertragsreise verhaftet. Im Verhör in Freiburg gab er schließlich zu, daß er nicht Oskar Daubmann sei, seine „Erlebnisse“ seien jedoch tatsächlich.

Wie verlautet, ist der fälschliche Daubmann Schneider von Beruf. Seine Verhaftung erfolgte im Anschluß an eine Autofahrt, die er unternommen hatte und bei der er Zeuge von dem Unfall eines anderen Autos bei Krosina war. Er und sein Wagenführer leisteten dem schwerverletzten anderen Automobilisten die erste Hilfe und brachten ihn in die Univeritätsklinik in Freiburg, wo dann Daubmann selbst das Schicksal erlitt.

Die Hoff. Ztg. berichtet, der falsche Daubmann soll ein von der Polizei seit Jahren gesuchter, mehrfach vorbestrafter Verbrecher namens Christian Hummel aus Offenburg sein, der 1922 aus der Schweiz ausgewiesen wurde. Auf Grund von Fingerabdrücken im Archiv des Polizeiamts konnte dies sicher nachgewiesen werden.

Auffallend ist, daß Hummel so lange auch die Eltern Daubmann in Endingen täuschen konnte.

Der angebliche Daubmann heißt, wie gesagt, Karl Johann Hummel und ist am 9. März 1899 in Oberwil, Kanton Basel, geboren. Er war in Hofwieser bei Offenburg anässig, lebt aber schon längere Zeit von seiner Frau getrennt. Er gab zu, daß er 1909 und 1910 in Endingen die Volksschule besuchte und dort mit dem wirklichen Oskar Daubmann zusammenkam. Er wußte, daß dieser im Weltkrieg gefallen ist. In Afrika ist Hummel nie gewesen.

## Der Fall Daubmann.

Freiburg, 13. Okt. Wie die Freiburger Tagespost berichtet, wird die badiische Regierung dem Auswärtigen Amt einen eingehenden Bericht über die Enttarnung des falschen Daubmann überreichen. Das Auswärtige Amt dürfte die schweizerischen Regierung Mittelteil von dem Sachverhalt machen. Die Unterlagen für die Verichte des Schwindlers sind wohl darin zu sehen, daß er wahrscheinlich in einem französischen Gefängnis in Afrika geblieben hat, aber schon im Jahre 1926 nach Deutschland zurückgekehrt ist.

Stuttgart, 12. Okt. Wahlaufruf der Württ. Bürgerpartei. Die Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei) veröffentlicht ihren Aufruf zur Reichstagswahl am 6. November. Er wendet sich vor allem gegen das Parteiensystem der Weimarer Verfassung und bezeichnet als entscheidend, daß die reine Parteipolitik des neudeutschen Parlamentarismus jetzt abgelöst wird durch eine wahrhaftige Staatspolitik unter Führung einer vom Parlament und den Parteien unabhängigen Regierung.

Waiblingen, 11. Okt. Brandstiftung. Ein 22-jähriger geisteskranker Mann aus Korb legte in einem dem Gärtnermeister Gohl an der Korbstraße gelegenen Schuppen Feuer. Der mit Felderzeugnissen gefüllte Schuppen brannte bis auf den Grund nieder. Der Brandstifter konnte von einem Waiblinger Landjägerbeamten festgestellt werden.

Schwindelunternehmen. Wie aus der Behandlung verschiedener Betrugsfälle festzustellen ist, sind in letzter Zeit mehrfach Darlehensanträge an die Grundverwertungsgesellschaft G. m. b. H. in Stetten eingereicht worden. Nach den Ermittlungen der Polizeidirektion Göppingen handelt es sich um ein ausgesprochenes Schwindelunternehmen, vor dem durch die Polizeidirektion nachdrücklich gewarnt wird.

Nedersulm, 11. Okt. Tollwutgefahr. Gestern mittag wurde ein etwa fünfjähriges Kind von einem Wolfshund in den Rücken gebissen. Nach Anlegung eines Verbandes durch den Arzt mußte das Kind wegen Tollwutgefahr sofort nach Würzburg geschickt werden.

Göppingen, 11. Okt. 20 Zentner Obst gestohlen. In der Nacht zum Sonntag wurden einem Landwirt von Krummwälden auf seinem Grundstück vier große Obstbäume mit 20 Zentnern geschätzten Obsttrags geleert und das Diebesgut gleich abgeführt. Von den Tätern hat man bis jetzt noch keine Spur.

# Aus Stadt und Land

Magd., den 13. Oktober 1932.

Vergangene Schmerzen sind im Alter eine andere Form der Freude geworden.

## Amthliche Dienstmachtigkeiten

**Ernannt:** Die Landgerichtsräte Kupp und Sieber beim Landgericht Stuttgart zu stellvertretenden Vorsitzern der Disziplinarkammer für Körperlichkeitsbeamte für die Dauer der Befreiung ihres derzeitigen Hauptamts; Obersekretär Viktor Krauß beim Amtsgericht Heilbronn, Notariatshilfsarbeiter in Heilbronn, zum Postsekretär in Mühlbach; Obersekretär Faust im Innenministerium zum Rechnungsrat der Gruppe 6 bei der Württ. Gefandtschaft in Berlin.

**Ernannt:** Zu Obersteuerinspektoren: die Steuerinspektoren Fleischer beim Landesfinanzamt und Wählich beim Finanzamt Tübingen; zu Obersteuersekretären: die Steuersekretäre Gröninger beim Finanzamt Stuttgart, Schäuble beim Finanzamt Ulm, Böhmle beim Finanzamt Reutlingen, Anshüh beim Finanzamt Stuttgart-Land und die Steuersekretäre Dehoben beim Finanzamt Kirchheim und Dör bei dem Finanzamt Ludwigsburg; zu Steuerassistenten: St. Steuerassistent Dypmann beim Finanzamt Stuttgart-Land.

**Verlezt:** Bezirkspolizeikommissar 2 (St.) Müller in Heilbronn als Oberpolizeikommissar an das Hauptpolizeiamt Reutlingen, Obersekretär Lange nach beim Finanzamt Waiblingen an das Finanzamt Leonberg, Steuersekretär Heide beim Finanzamt Stuttgart-Land an das Finanzamt Stuttgart-Land.

**In den Ruhestand versetzt:** Landgerichtsrat Kau in Ulm, Landjäger (Oberlandjäger) Weg in Niederfeld, Obersekretär, Ministerialsekretär Rieger bei der Württ. Gefandtschaft in Berlin, Hausmeister Wagt am ex. theol. Seminar Reutlingen.

## Von der Landkraftpost

Am 1. Febr. 1933 soll die Landkraftpost im Bezirk Harb eingeführt werden. Damit fallen die seit her bestehenden Privatpostkurse u. a. auch die seit Jahrzehnten betriebene Verbindung Ergenzingen-Balingen-Magd. weg. Es ist bedauerlich, daß auf diese Weise die wirtschaftlich bedeutsame Verbindung Magd. aus dem „oberen Gau“ gefährdet wird.

## Kraftfahrzeugunfall

Am Dienstag in den Abendstunden ereignete sich in der Nähe der scharfen „S“-Kurve bei Oberschwandorf ein merkwürdiger Unfall. Ein aus Richtung Gengenhausen-Freudenstadt kommender Mercedes-Benz-Verlängererwagen kam aus bis jetzt noch unbekannter Ursache von der etwas schmalen Fahrbahn ab und verlor sich links die etwas steile Böschung zu erklimmen. Da sich hier doch etwas zu viel Widerstand entgegensetzte, änderte er den Kurs und versuchte es auf der anderen Seite der Straße, die Böschung abwärts. Dies gelang. Der Wagen kollerte, immer fäulterlich zwischen im Wege stehenden Bäumen hindurch, die ziemlich steil abfallende Böschung hinunter und landete schließlich nach etwa 30 Meter ungewöhnlichen Weges, ohne auffallend stark demoliert zu sein, auf dem 10-15 Meter tiefer gelegenen Wiesengrund, zur Ueberraschung zweier ahnungsloser Mädchen von Oberschwandorf, die sich mit Obstlesen beschäftigt haben sollen. Die Insassen, 4 Personen, einschließlich Führer, die vermutlich wenig laut durcheinander gekommen sein mögen, kamen abgesehen von einem Fall, mit weniger schweren Verletzungen davon; sie wurden nach dem Krankenhaus Magd. verbracht.

## Witternächtiger Feueralarm

Heute Nacht 1.20 Uhr wurde die Weckerlinie alarmiert, um in Spielberg, wofür das Anwesen des Landwirts Christian Kienzle, alt brannte, in Aktion zu treten. Um 1.25 Uhr fuhr die Motorspritze bereits von dannen und kam mit 30 Minuten Fahrzeit an der Brandstelle an. Das Mächtige Wohnhaus mit Scheuer wurde ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden, während einiges Mobiliar verbrannte. Es wird Kurzschluß vermutet. Landrat Balingen und Oberamtsbaumeister Köbele waren am Brandplatz zugegen. Die tapetere Wehr war um 6 Uhr heute früh wieder zurück.

Rückzahlung von nicht abgefahrenen Fahrkarten. Bei der Erstattung von Beträgen für nicht abgefahrte Fahrkarten ist es von dem reisenden Publikum als Härte empfunden worden, daß Beträge unter 50 J nicht zurückvergütet werden. Wie der Gewerkschaftliche Pressedienst er-

fährt, ist bei der Reichsbahn eine Änderung der bisherigen Vorschriften bereits eingeleitet worden, so daß in einiger Zeit von allen beteiligten Dienststellen auch geringere Beträge als 50 J erstattet werden sollen.

**Wittich, 12. Okt. Einbruch.** Gestern Nacht drang ein strecher Einbrecher in die Räume des hiesigen Rathauses. Mit einer Leiter drückte er am Nebenzimmer der Amtsdäume ein Fenster ein. Von dort gelangte er in das Amtszimmer des Bürgermeisters öffnete Schubladen und Schränke, die er durchsuchte. Offenbar hatte es der Eindringling auf Geldbeträge abgesehen, die er aber nicht vorfand. Er entfernte sich deshalb wieder, ohne größeren Schaden zu hinterlassen. Das Landjägerkommando Herrenberg, das alsbald benachrichtigt wurde, stellte an der Art und Weise des Einbruchs und an Fingerabdrücken fest, daß es sich um denselben Täter wie in Poltringen handelt. Öffentlich gelingt es, den frechen Gejellen bald dingfest zu machen.

**Unterjessingen, 12. Okt. Die 7. Weinbauagung am Sonntag** war sehr gut besucht. Gegen 200 Weinjäger aus 12-14 Ortschaften waren anwesend. Die harte Beteiligung ist ein Beweis, daß die Zeit des Stillstands und Niedergangs im Weinbau des Anbaugebietes vom oberen Neckar endgültig vorüber ist, daß selbst in Gemeinden, in denen der Weinbau erloschen ist, wieder das Interesse für den Weinbau erwacht, z. B. in Dettingen, das vor 100 Jahren noch 30 Morgen Weinberge hatte. Landwirtschaftsrat Raab sprach über Qualitätsweinbau. Er forderte die Entfernung der überalterten, keine Rente mehr abwerfenden Weinberge, weiteren Satz besonders für Portulaksee und Müller Thurgau, Vermeidung des Mischsädes, Einhaltung der Reifepraktik. Das Unterjessinger Musterfortm bezeichnete er als musterhaft, als „ältesten Sortenwein für die Grundlage eines tadellosen Edelweinbaus“.

**Freudenstadt, 12. Okt. 87. Geburtstag.** Gestern feierte im Kreise seiner Familie Gustav Saldenhofer, Armenpfleger a. D., seinen 87. Geburtstag. Der Jubilar erfreut sich immer noch großer geistiger und körperlicher Frische.

# Letzte Nachrichten

## 15 Jahre Zuchthaus für einen Unhold.

Berlin, 12. Okt. Das Schwurgericht verurteilte heute den 34-jährigen Waidmühlshöfer Gustav Josef aus Alexanderdorf (Kreis Teltow), der sich am 1. August vorigen Jahres an der vierjährigen Ehefrau Braun vergangen und das Kind getötet hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus.

## Ein drittes Opfer der Bochumer Familientragödie

Bochum, 13. Okt. Die juchbare Auseinandersetzung in der Familie eines hiesigen Kaufmanns, der am Montag sein Kind und sich selbst erschloß, hat nunmehr ein drittes Opfer gefordert. Die Ehefrau, die von ihrem Mann durch einen Schlag, sowie durch Schläge mit einer Bierflasche schwer verletzt wurde, ist im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

**Spinale Kinderlähmung in Göttingen.** — Stadt u. Land. Göttingen, 13. Okt. Im Landkreis Göttingen erkrankten neuerdings drei Kinder, die Mutter eines der Kinder und ein 27-jähriger Landwirt an spinaler Kinderlähmung. Der Landwirt ist der Krankheit erlegen. In Göttingen selbst sind drei Krankheitsfälle zu verzeichnen.

## Der Giftmord in Klein-Partwig. — Ein fünfter Mord.

Berlin, 12. Okt. Der des vierfachen Giftmordes überführte Schuhmacher Edward Just hat heute vor der Breslauer Mordkammer das Geständnis abgelegt, auch seine zweite am 27. Januar 1932 verurteilte Ehefrau Emma Just geborene Kampe mit Arsenik vergiftet zu haben.

**Gejorbene:** Christian Schleh, 62 J., Herzogsweller Dk. Freudenstadt.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten

## China wieder Kaiserreich?

Tokio, 12. Okt. Reuter meldet: Der Privatvertreter des letzten Kaisers von China und jetzigen Oberhauptes von Mandschurien, Puji, befindet sich zur Zeit in Tokio auf der Durchreise nach Genf. Er soll erklärt haben, die Errichtung eines unabhängigen Staats in der Mandchurei sei nur der Auftakt zur Wiederherstellung der Monarchie in China. Maßgebende Abgesandte aus dem eigentlichen China sollen Puji aufgesucht und ihm erklärt haben, die Provinzen Hupeh, Schantung, Schansi und andere würden wahrscheinlich bereit sein, sich ihm anzuschließen.

## „Haarglanz“ gibt dem Haare Glanz!

Das durch Nachspülen mit „Haarglanz“ gestraffte, von den Alkaliresten des Waschmittels befreite Haar bekommt zarten, natürlichen Glanz. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond“, die aufhellende Spezial-Sortel

## Eingefandt

Die Redaktion übernimmt für Einsendungen unter dieser Rubrik nur die preisgezügliche Verantwortung.

## Eisbahn

Zu den zusätzlichen Arbeiten, deren Uebernahme durch den freiwilligen Arbeitsdienst geboten wäre, gehört nach Ansicht vieler auch die seit Jahren hinausgeschobene Instandsetzung der Eisbahn. Zahlreiche Eislaufreue würden es freudig begrüßen, wenn endlich hier — wie anderswo — eine während der Kälteperiode ständig benutzbare Eisbahn geschaffen würde. Die tatsächlichen Ankosten hierfür können nicht groß sein, weil ja die Instandsetzung hauptsächlich Arbeit erfordert, wofür das Arbeitsamt bisher genügend Tagewerte zur Verfügung stellen wird. Welche Bedeutung für Volksgesundheit und Jugendberufshilfe die Ausübung des Eisportes hat, braucht wohl hier nicht näher ausgeführt zu werden. Um aber auch etwas materialistischer eingestellte Gemüter zu beruhigen, darf hinzugefügt werden, daß eine richtige Eisbahn — ähnlich wie ein Schwimmbad — die laufenden Ankosten deckt, so daß für die Stadterhaltung keine weiteren Ausgaben entstehen. Voraussetzung ist dabei, daß die Instandsetzung so rechtzeitig erfolgt, daß gleich bei Beginn des kalten Wetters der Betrieb der Eisbahn aufgenommen werden kann.

## Geschäftliches

— Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 80 Pfennig die Zeile berechnet. —

## Neue Heilmethode für 95 Prozent aller Krankheiten

Nur wenigen dürfte bekannt sein, daß es heute nicht unmöglich ist, fast alle Krankheiten auf eine ganz einfache Methode zu heilen. Die vorgezeichnete Jahreszeit erinnert wohl viele wieder an ihre Leiden, die durch den warmen Sommer in diesem Jahre fast kaum bemerkt wurden. Es sind dies einmal die unglücklichen Katarthe, dann Rheumatismus, Ischias, Herzschmerz, chronisch kalte Füße und Hände usw. Eines der vorgenannten Leiden ist schon in der Lage, einem Menschen das Leben sauer zu machen und es verzieht sich daher ganz von selbst, daß schon wahnsinnige Geldbeträge für alle möglichen Kuren verausgabt wurden, ohne jedoch den gewünschten Erfolg herbeizuführen. Heute ist man in der Lage, nachweisbar allen diesen Plagegeistern ein für allemal ein Ende zu bereiten durch meine neue Heilmethode. Selbst offene Feine, Harnbeschwerden, steife Knie, Gelenkentzündungen, Polypen, Bluthungen jeder Art, wasserfüchtige Nischmellungen, Rippsentzündungen, Muskelzerrungen, überhaupt fast alle Beschwerden nicht zu vergessen. Resistenz und sonstige Gemütsstörungen, werden fast unter Garantie in ganz kurzer Zeit geheilt. Es bedarf also nur Ihres Vertrauens und auch Sie können für wenig Geld Ihrem Plagegeist ein Ende machen. Versäumen Sie daher nicht, in aller Eile, diese Methode anzuwenden, denn je baldier Sie kommen, desto früher sind Sie geheilt. Aufschluß erteilt kostenlos: Hugo Ronau, Magd., Marktstraße 31.

**ODOL-ZAHNPASTA**  
mit Lingner-Gedenkmünzen... sie haben Kaufkraft.



Kohrdorf, 11. Okt. 1932



989

### Dankfagung

Für die vielen Beweise von Liebe und Anteilnahme während der Krankheit und beim Heimgang meines lieben Mannes, unleser treubeforgten Vaters, Bruders und Schwagers

### Wilhelm Luz

Bauer

insbesondere für die Kranzniederlegung seitens des Militärvereins und des Gesangvereins und die zu Versen gehenden Worte der beiden Vereinsvorsände sagt innigen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen die Gattin: Frieda Luz geb. Walz

Nagold, den 12. Okt. 1932

### Dankfagung

Es ist uns ein Bedürfnis für die uns anlässlich des Todes unseres lieben Kindes



### Heinz

bewiesene Liebe und Teilnahme herzlich zu danken. Besonders danken wir für die vielen Kranz- und Blumenpenden.

Die trauernde Familie Bahlinger

### Ein Treffer

Zahl. Schindeln, macht sorgenfrei!

Bei der 1000. Klassenlotterie haben Sie die allerbeste Aussicht zu gewinnen.

2000000  
1000000  
500000  
500000

Lospreis: Porto extra!

1/2 1/2 1/2 1 Doppel-Los  
5.- 10.- 20.- 40.- 80.- pro Klasse

Sollten Sie sofort ein Glaslos bei

**Zaiser** Lot.-Eins.  
STUTTGART  
Friedrichstraße 58  
Fernspr. 202 26  
Briefsch. 215, Postsch. Stuttgart 5240

1023

### Leinsaat

Offeriere pro Ztr. Mk. 8.50

### Otto Lehre, Nagold

### „Cremaline“

das ideale Rasiermittel ohne Wasser

gebrauchsfertig. Vollkommen reizlose Fettcreme nur auftragen - sofort rasieren. Originaltube 80 Pfg. Doppeltube oder Glas Mk. 1.40

876

Apotheke Th. Schmid - Nagold

### Billige Bücher

herabgesetzt auf die Einheitspreise Mk. -.50

1.-  
2.-  
3.-

Bitte beachten Sie mein Sonderfenster!

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Infolge Aufhebung der 10tägigen Beobachtungsfrist für



### Hannoveraner und Oldenburger Schweine

Kann ich solche nunmehr sofort nach Eintreffen zu wesentlich günstigeren Preisen als bisher abgeben.

Neben kleineren Läufer Schweinen (ca 35 bis 60 Pfd.) treffen regelmäßig auch schwerere Tiere im Gewicht von ca 100 Pfd. bei mit ein. Bestellungen werden in jeder Stückzahl aufs Gewissenhafteste ausgeführt. Größere direkte Bezüge vermittele ich unter günstigsten Bedingungen.

Fritz Hoffmann, Schweineverband  
Fellbach b. Stuttgart, Fernruf 54 52041

### Stärkt eure Kaufkraft!

Werdet Mitglieder

926

### der Konsumgenossenschaften!

Konsum- und Sparverein Nagold u. Umg. e. G. m. b. H.

Nagold, den 12. Oktober 1932



1023

### Todes-Anzeige

Zerfchüttet bringen wir die schmerzliche Nachricht, daß heute früh 9 1/2 Uhr unser innigst geliebter Vater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager

### Hermann Luz

Schreinermeister und Wirt zur „Eisenbahn“

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 60 Jahren unserer lieben Mutter in die ewige Heimat nachgefolgt ist.

In tiefer Trauer:  
Im Namen der Hinterbliebenen die Töchter: Emilie, Hermine und Marta.

Beerdigung: Freitag nachmittag 3 Uhr.



**GEG-BLEICHSODA**  
macht Brunnen- und Leitungswasser weich und damit schaumkräftig. **Paket 12 Pfg.**

**GEG-FAMOS**  
hat den Ehrgeiz und die Fähigkeit, jede Wäsche selbst zu reinigen. „Famos“ muß aber kalt angerührt und mit der Wäsche gekocht werden. **Paket groß 60 Pfg. Paket klein 32 „**

**GEG-SEIFENFLOCKEN**  
für zarteste Gewebe und bunte Feinwäsche. Vorher Echtheit der Farbe an einem Zipfel prüfen. Farbe auffrischen mit etwas Speiseessig! **Paket 25 Pfg.**

**GEG-NITOR**  
Hochprozentige Fettsäure in Pulverform, höchst sparsam, sofort Schaumbengel! **Paket klein 35 Pfg.**

**GEG-KERNSEIFE**  
beim Einweichen der Wäsche für besonders schmutzige Stellen (Kragenbündchen usw.) **Paket 25 Pfg.**

**GEG-SOLEX**  
ersetzt als völlig unschädliches Bleichmittel die unbeständige und mühevoll Rasenbleiche. **Paket 16 Pfg.**

**GEG-PRESSANTSEIFE**  
Mit Fett, Öl und Teer aus der Berufswäsche. Diese entsteht der Waschlauge wie neu! **Paket 32 Pfg.**

**GEG-RINU**  
reinigt Tafelgeschirr, Töpfe und Pfannen im Nu von Fett- und Speiseresten, Eimer von fettigem Schmutz usw. **Paket 18 Pfg.**

**GEG-AMO**  
ist unentbehrlich als Putz- und Scheuerpulver für Küchengeräth und Hausrat. **Paket 12 Pfg. Dose 18 Pfg.**

**Auf alle Waren Rückvergütung!**  
Verkauf nur an Mitglieder!

Erhältlich im

1026

### Konsum- und Sparverein Nagold und Umgegend

e. G. m. b. H.

Nagold

### Tonfilm-Theater

Heute abend 8.15 Uhr: 1020

### Der Herr Finanzdirektor Aufruf!

Bürger! Steuerzahler! Die Steuern erdrücken Euch fast, sie nehmen Euch den Mut zum Weiterleben, sie nehmen Euch alle Lust und Fröhlichkeit. Aber trotzdem nicht verzagen, denn der Herr Finanzdirektor kommt in dem lustigen Tonfilm. Ihr sollt lachen, daß die Wände zittern!

Hierzu löbendes Beiprogramm und neueste Wochenschau.

Donnerstag, Freitag, Samstag 8.15 Uhr, Sonntag nur 2 Uhr, abends keine Vorstellung.

Eintrittspreise M. -60, -80, 1.-

### Militär- und Veteranen-Verein Nagold



Bei der Beerdigung des Kameraden Luz beteiligt sich der Verein geschlossen. Sammlung im Lokal am Freitag präzis 1/2 3 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

Morg. Freitag punkt 2 1/2 Uhr „Traube“ Beerdigung Luz

### Freie Schreiner-Innung Nagold

Unser Mitglied Hermann Luz Schreinermeister ist gestorben. Die Innung beteiligt sich an dessen Beerdigung Freitag nachm. 3 Uhr 1024

Sammlung: Trauerhaus. Der Obermeister.

### LUGER

frische Seefische eingetroffen

Neues Sauerkraut Pfund 10 -

Schweinskopf Sals 1/2 Pfund 28 -



### Süßer St. Martiners Schloßberg Weiß

In neuer Roter Zellertäler

ab heute preiswert bei Berg & Schmid

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert: Freitag, 14. Okt. 8 Uhr in Offringen:

4 Fässer je ca. 270 Str. fassend, 1 Nähmaschine gebraucht. 1031

10 Uhr in Güttingen: 1 Waage mit Porzellanplatten, 1 Schubladen-Kaffe.

Zusammenkunft jeweils b. Rathaus.

Ger.-Vollzieher-Stelle Colm und Nagold.

Für Freitag empfiehlt

frische Seefische



Wilhelm Frey

### Fahrpläne und Kursbücher

empfiehlt G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

### Rennen Sie den herrlichen Duft

einer Bergweide? Wissen Sie woher er kommt? Von all den Heilpflanzen die die gütige Mutter Natur uns Menschenkindern beschert zur heiligen Anwendung in gesunden und kranken Tagen. Wollen auch Sie den hohen Wert dieser Kräuterlein kennen lernen? Seit Jahren gibt es in den Apotheken die auf den Bergen des Rhöngebirges gesammelten Heilkräuter. Es sind dies die 4 verschiedenen Mischungen des wegen seiner Heilkraft und seinen Wohlgeschmacks im In- und Ausland berühmten

**Rhöner Gebirgs-Kräuter-Tee**

**Nr. 1** Gegen Gicht, Rheumatismus, Nias, Hegen-schuz, Arterienverfaltung, Magen- und Darm-beschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren und Blasenleiden usw.

**Nr. 2** Gegen Neurostik, Fleischsucht, Kopfschmerzen, Hämorrhoiden, Krampfadern, geschw. Beine, Wasserlucht, Kettleibigkeit etc.

**Nr. 3** Gegen Grippe, Husten, Verschleimung, Bron-chialkatarrh, Asthma, Lungenleiden etc.

**Nr. 4** Zur Blutreinigung und Verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Verstopfung und Hautunreinig-keiten.

Rhöner Gebirgs-Kräuter-Tee ist ein medizinischer Tee und daher bei Reisenden und Hausirern nicht zu haben, sondern nur in Apotheken. Es gibt keinen besseren und preiswerteren. Jetzt ist die günstigste Jahreszeit für diese Teetur.

Zu haben in Nagold in der Apotheke.

### Lofungsbüchlein

zu haben bei Buchhandl. Zaiser